

(kein) Ausweis besonderer Moralität“. Aber die Gruppen, hinter denen die Erklärung eine prinzipielle Ablehnung des Staates vermutet, begründen ihren Widerstand ja damit, daß dort, wo es um die Existenz eines ganzen Volkes oder gar der Menschheit geht, Mehrheitsentscheidungen ihr Recht verloren haben. Dieses Syndrom gilt es, im politischen Disput aufzulösen. Alles andere sind im Vergleich dazu Randfragen. se

## Kompromiß

Die Gespräche zwischen der *französischen Bischofskonferenz* und der römischen Glaubenskongregation über die seit geraumer Zeit sowohl innerhalb des französischen Katholizismus wie zwischen dem französischen Episkopat und den vatikanischen Instanzen strittigen Fragen bezüglich der *Katechese* haben ein vorläufiges Ergebnis gezeitigt. Kurz nach dem Besuch einer französischen Bischofsdelegation in Rom verabschiedete der Ständige Rat der Bischofskonferenz Mitte Dezember 1983 eine Erklärung, die in drei Punkten über den künftigen Kurs des Episkopats in der Glaubensunterweisung Auskunft gibt.

Die Erklärung trägt deutlich *Kompromißcharakter*: Die Bischöfe halten grundsätzlich an der vor allem von integralistischen Kreisen heftig kritisierten Neuorientierung der Katechese in der französischen Kirche fest; sie sprechen den in der Glaubensunterweisung tätigen Laien und Priestern ausdrücklich das Vertrauen aus und ermuntern sie für ihre weitere Arbeit. Gleichzeitig tragen die Bischöfe aber den römischen Bedenken gegen die Katechese „à la française“ im allgemeinen wie den von der Glaubenskongregation Ende Oktober 1983 veröffentlichten Richtlinien zur kirchlichen Approbation von Katechismen im besonderen Rechnung. Es handelte sich dabei (vgl. den Text in „Osservatore Romano“, 29. 10. 83) um Antworten der Glaubenskongregation auf vier

Anfragen der für die Katechese primär zuständigen Kleruskongregation und auf eine Anfrage der französischen Bischofskonferenz.

Im einzelnen beschlossen die französischen Bischöfe jetzt, daß die 1980 von der Bischofskonferenz verabschiedete katechetische Textsammlung „*Pierres vivantes*“ bei der für 1985 vorgesehenen Neuauflage nicht nur in Details verbessert, sondern erweitert werden soll. „*Pierres vivantes*“, das Bibeltex-te, Quellen zur Kirchengeschichte, Gebete und Einführungen in Liturgie und Sakramente enthält, war seinerzeit von der Kleruskongregation nur in Grundzügen approbiert worden. Verbessert und ergänzt werden sollen auch die verschiedenen „*Parcours catéchétiques*“, die in den letzten Jahren als offizielle Unterrichtsmaterialien zugelassen wurden. Sie müssen in Zukunft allerdings von der Bischofskonferenz selber approbiert werden; nach den Antworten der Glaubenskongregation kann die Entscheidung über die Zulassung von Büchern für die Katechese nicht, wie seit 1980 in Frankreich Usus, einer bischöflichen Kommission übertragen werden.

Eine weitere Konsequenz aus dem römischen Erlaß wird in der Erklärung des Ständigen Rates nicht genannt: Demnach können die einzelnen Bischöfe für ihre Diözesen anderen als den von der Bischofskonferenz approbierten Katechismen das „Imprimatur“ erteilen und sie als Unterrichtsmaterial zulassen. Davon sind in Frankreich *traditionalistisch orientierte Katechismen* betroffen, denen bislang die offizielle Unbedenklichkeitsbescheinigung der bischöflichen Kommission verweigert wurde.

Wie sich die bischöflichen Beschlüsse auf die verunsicherte katechetische Landschaft in Frankreich auswirken werden, bleibt abzuwarten. Man wird mögliche offizielle Kurskorrekturen genauer beurteilen können, wenn die überarbeiteten Fassungen der katechetischen Materialien vorliegen. Bei der Erweiterung von „*Pierres vivantes*“ werden die Bischöfe ihrer Erklärung zufolge mit der *Glaubenskongregation* zusammenarbeiten. In jedem Fall sind die Vorgänge um die Katechese in

Frankreich ein aufschlußreiches Lehrstück dafür, wie argwöhnisch in Rom Freiräume und Eigenverantwortlichkeit in Ortskirchen betrachtet werden. In letzter Zeit liefert dafür neben Frankreich und den Niederlanden auch das gespannte Verhältnis zwischen Vatikan und amerikanischer Kirche Anschauungsmaterial. 174

## Betroffenheit

Der Vorgang erinnert an römische Vorgänge. Auf das Wintersemester 1983/84 ernannte der Bischof von Chur, *Johannes Vonderach*, den Domkapitular *Hans Rossi* zu seinem Delegierten für das Priesterseminar und die Theologische Hochschule Chur. Im November erfuhr dann die Öffentlichkeit von der Anordnung des Bischofs, im Seminar künftig nur noch Priesteramtskandidaten wohnen zu lassen. Denn der bisherige Zustand, das „integrierte Seminar“, stelle eine Notlösung dar, „die aus der Natur der Sache vorübergehenden Charakter hat und es allen Beteiligten zur Pflicht macht, eine Lösung zu verwirklichen, die ... der allgemeinen Praxis der Kirche entspricht“.

Diese Anordnung löste große Betroffenheit aus, zumal sie ohne Rücksprache mit den Verantwortlichen des Seminars und der Hochschule und ohne Beratung im Priesterrat verfügt wurde. Der Priesterrat stellte dem Bischof daraufhin mit 43 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen einen „Wiedererwägungsantrag“. Der Bischof solle sich bereit erklären, „die im Rat vorgebrachten Gesichtspunkte zu prüfen“. Dazu solle er eine Arbeitsgruppe, die sich aus Vertretern des Ordinariates, des Priesterseminars und des Priesterrats zusammensetzt, bestellen, „die mithelfen soll, eine allseits befriedigende Lösung zu finden“. Mit dem Ergebnis dieser Arbeitsgruppe möchte sich der Priesterrat auf seiner nächsten Sitzung befassen, bevor der Bischof definitiv entscheidet.

Der Vorgang ist für alle deutsch-

schweizerischen Bistümer von nicht geringer Tragweite. Denn das Bistum Basel führt sein Seminar in Luzern ebenfalls als „integriertes Seminar“ – die St. Galler Theologen studieren außerhalb des Bistums –, und Chur führt im Auftrag der Deutschschweizerischen Ordinariatenkonferenz das zweijährige Theologische Seminar des Dritten Bildungsweges, wobei alle Studenten, auch die verheirateten, in die Seminargemeinschaft einbezogen werden können.

Über Gründe und Hintergründe der Churer Anordnung wurde in der kirchlichen und kirchennahen Presse nicht umfassend berichtet. Es ging dabei offenbar nicht nur um die Priester- und Seelsorgerausbildung, sondern auch kirchenpolitische Rücksichtnahmen und persönliche Motive.

Über die sachlichen Gründe für und wider das Modell des „integrierten Seminars“ ist eine Diskussion sehr schwierig, weil es dazu mehr hartnäckige Meinungen als harte Fakten gibt. Immerhin kann man dem „integrierten Seminar“ beispielsweise nicht die Schuld geben für den Rückgang an Neupriestern in den letzten Jahren. Denn im Zeitraum 1970/79 gingen aus den Schweizer „integrierten Seminarien“ prozentual mehr Priester hervor als aus den deutschen Priesterseminarien. So kommt denn sehr schnell als Argument die *Spiritualität* ins Spiel, hinter dem unterschiedliche Vorstellungen über den Einsatz von Laientheologen in der Seelsorge stehen (vgl. HK, November 1983, S. 508–513). Weil die Einsatzebene der Laientheologen in der Schweiz vorwiegend die Pfarrei mit allen seelsorglichen Aufgaben – außer der Sakramentspendung – ist, soll das Seminar auch die Laientheologen auf ihren kirchlichen Einsatz menschlich und spirituell vorbereiten.

Daß die Frage nach der besonderen spirituellen Begleitung und Formung der Priesteramtskandidaten im Rahmen des „integrierten Seminars“ besonders wichtig ist und einer ständigen kritischen Überprüfung bedarf, war auch bisher allen Verantwortlichen klar. Aber es wurde nicht als Notlösung betrachtet, sondern als ein den Seelsorgsbedürfnissen angemessener

Weg. Die Frage ist nun, ob die Ortskirche Schweiz die Lösung auch in Auseinandersetzung mit anderen Ortskirchen und mit Rom zu begründen bereit ist und ob die anderen Ortskirchen und die römischen Behörden darauf nur mit Unmut oder mit Gesprächsbereitschaft reagieren. *we*

## Verkannt

Der polnische Primas hat in der Bundesrepublik keine gute Presse. Daß er kritisiert wird, wenn er, wie jüngst am Dreikönigstag, kurz nach einem längeren Gespräch mit General Jaruzelski die Raketennachrüstung beklagt, ist verständlich. Der Kardinal sprach zwar in dem Zusammenhang nur von „einigen europäischen Ländern mit alter christlicher Tradition“. Und darunter wären wohl nicht nur Italien oder Deutschland, sondern ohne viel Hintersinn auch Polen und die Sowjetunion zu verstehen. Aber daß die westlichen Länder das als Pflichtübung eines Kirchenführers gegenüber dem kommunistischen Regime seines Landes und dessen „Schutzmacht“ auf sich beziehen mußten, verstand sich von selbst.

Aber dem Kardinal wird auch sonst kaum Gutes unterstellt. Er gilt als zu weich, zu konzilient, zu kompromißlerisch gegenüber dem undemokratischen, wirtschaftspolitisch unfähigen und Menschenrechte verletzenden Regime und vor allem als schwach an politischem Gewicht. Mit kaum zu überbietender Häme meinte jüngst eine Tageszeitung aus dem Hause Springer, außer der Kardinalswürde sei während seiner Amtsführung an Größe nichts dazugekommen.

Damit wird nicht nur Glemp unrecht getan, sondern auch die Lage Polens völlig verkannt. Sympathie für die weniger an der politischen Führung des eigenen Landes, die dafür ihrerseits zu schwach war, sondern in erster Linie an der Bündnissituation und in zweiter Linie an sich selbst gescheiterten Soli-

darność ist *eine Sache*. Die Frage, wie am besten dem Lande und der Kirche des Landes gedient werden kann, eine andere. Da auch die Kirche trotz ihrer nationalen Führungsrolle in Polen für absehbare Zeit keine freiheitlichen Verhältnisse herbeiführen kann, bliebe auch dem als nationales Symbol sich verkörpernden Vorgänger Wyszyński nichts anderes übrig, als mit dem bestehenden Regime und für die gesamte Nation einen Modus vivendi zu suchen. Und zwar so, daß die Kirche möglichst intakt bleibt, weil eine intakte Kirche langfristig für die gesamte Bevölkerung mehr bewirken kann als ein Sie-Hineinziehen in eine trotz kurzfristig möglicher Scheinfolge politisch ausweglose Situation. Dabei mag der eine mehr Glück mit Härte haben, der andere mit Verhandlungsgeschick und Beschwichtigung weiterkommen. Und da auch der Papst Pole ist, kann eine entsprechende Rollenteilung durchaus hilfreich sein. Aber eine Alternative zu dem, was der Primas Strategie der „Versöhnung“ nennt, d. h. auch unter den gegebenen Umständen und sei es auch durch begrenztes Zusammenwirken mit dem Regime und selbst mit Moskau, der Bevölkerung als ganzer eine Zukunft zu sichern, gibt es nicht. Dem gleichen Ziel diene trotz aller anderen hineininterpretierten Perspektiven schließlich auch der Papstbesuch.

Im übrigen müßte Glemp mit seinem Bemühen, die *Kirche nicht weiter zu politisieren* und die Geistlichkeit von direkter politischer Betätigung zurückzuhalten, in der Bundesrepublik zuallererst Verständnis finden. Gerade solche Kreise, die sehr empfindlich reagieren, wenn sich bei uns evangelische Pastoren bei Demonstrationen hervortun oder in lateinamerikanischen Ländern katholische Ordensleute politisch Partei ergreifen, müßten dem Kardinal eigentlich zustimmen, wenn Glemp dem polnischen Klerus mehr politische Enthaltensamkeit empfiehlt und in dem den Gewerkschaftsführer im Talar begleitenden und Statements abgebenden Beichtvater zwar eine polnische Möglichkeit, aber nicht das Zukunftsbild der Kirche sieht. *un*